

Sorgen um Zukunft der Arztpraxen

- Kreis-FDP kritisiert Bund für Gesetzesprojekt
- Liberale warnen vor „Zwangsschließungen“
- CDU-Abgeordneter und Ärztesprecher gelassen

VON JÜRGEN DREHER

Schwarzwald-Baar – Muss man sich um die Zukunft der medizinischen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis akut Sorgen machen? Und ob, findet die FDP angesichts eines aktuellen Bundesgesetzentwurfs, und schlägt Alarm: Es drohen „Zwangsschließungen“, betroffen seien an die 20 Arztpraxen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei weist das zurück. Gelassen reagiert der Bezirksprecher der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), der Allgemeinmediziner Johannes Probst aus St. Georgen.

➤ **Darum geht's:** Das Bundeskabinett hat im Dezember 2014 den Entwurf des Versorgungsstärkungsgesetzes verabschiedet. Eines der Themen ist, die medizinische Überversorgung in manchen Regionen Deutschlands abzubauen: Wo es rechnerisch zu viele Ärzte gibt, sollen freiwerdende Arztstühle künftig von den Kassenärztlichen Vereinigungen aufgekauft und vom örtlichen Markt genommen werden.

Neu ist in diesem Zusammenhang das Wort „sollen“. Bislang ist nur von „können“ die Rede: Die KV kann freie Stühle in den Überversorgten Regionen aufkaufen. Künftig soll sie dies aus Sicht des Bundes auch tun – falls das Gesetz kommt. Die Crux an der Sache: Auch der Schwarzwald-Baar-Kreis gilt in diversen medizinischen Sparten rechnerisch als Überversorgt. Der Gesetzesentwurf durchläuft jetzt den Bundestag.

➤ **Das sagt die FDP:** Der Kreisverband der Freien Demokraten schlägt in seiner Mitteilung die Presse Alarm: „Die Große Koalition in Berlin verspricht mit ihrer Gesundheitsreform eine Stärkung der medizinischen Versorgung im Land, in



Andrea Kanold.
BILD: PRIVAT

Wahrheit führt sie in unserem Kreis zu erheblichen Verschlechterungen“, wird darin die FDP-Kreisvorsitzende Andrea Kanold zitiert.

Die Liberalen werden mit ihren Warnungen ganz konkret: Der FDP sei eine „regionale Auswertung der geplanten Zwangsschließungen von Arztpraxen“ bekannt geworden.

Das Resultat: „Allein in unserem Kreis fallen dann unter anderem sechs Orthopädie-, vier Kinderarzt-, vier Nervenarzt-, drei Frauenarzt- und drei Psychotherapie-Praxen weg“, ist die FDP sicher. „Diese Pläne der großen Koalition im Bund müssen gestoppt werden“, so Kanold.



Ein Orthopäde untersucht den Arm einer jungen Frau: Der FDP-Kreisverband befürchtet, dass ein neues Gesetz den Schwarzwald-Baar-Kreis etliche Arztstühle kosten könnte. BILD: PHOTOGRAPHEE.EU - FOTOLIA

➤ **Das sagt der CDU-MdB:** Thorsten Frei weist den Alarmruf der FDP zurück. Die Wortwahl sei „nicht angemessen“. Es könne und werde keine Zwangsschließungen von Praxen seitens der Politik geben. Schließlich regle ein Zulassungsausschuss, ob ein freiwerdender Arztstuhl wieder nachbesetzt werde. Diese Ausschüsse seien nur mit Ärzten und Kassenvertretern paritätisch besetzt. Künftig solle es aber keine automatische Nachbesetzung mehr geben, sondern nur noch als Ausnahme. Zuvor solle der Ausschuss immer prüfen, ob nicht doch – trotz Überversorgung – örtlich ein „besonderer Versorgungsbedarf“ vorliege. Diese Ausnahme sei auch wichtig. Dass es solchen besonderen Bedarf geben könne, habe er selbst als Donaueschinger Oberbürgermeister erfahren. Damals habe er sich für einen weiteren Augenarztstuhl eingesetzt, weil die Patienten ein halbes Jahr auf Termine warten mussten. Doch auf dem Papier sei die Stadt mit bereits zwei ansässigen Augenärzten voll versorgt gewesen.



Thorsten Frei.
BILD: PRIVAT

Falls sich der Ausschuss nicht einig sei, bleibe es bei der Nachbesetzung. „Gegen den Willen der Ärzte können also auch die Kassen die Nachbesetzung nicht verhindern“, so Frei. Wobei auch aus seiner Sicht und der Unionsfraktion noch Korrekturen am Gesetzesentwurf nötig seien.

➤ **Das sagt der Ärztesprecher:** Der St. Georgener Allgemeinmediziner Johannes Probst, Bezirksbeiratsprecher der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), zeigt sich gegenüber dem SÜDKURIER gelassen. Ein Abbau von Praxen? „Ich bin zuversichtlich, dass das so nicht kommen wird“, ist er überzeugt. Probst kritisiert vielmehr den „offensichtlichen Widerspruch zwischen der Bedarfsplanung und der Realität“, wenn vermeintlich Überversorgte Gebiete of-



Johannes Probst.
BILD: NATHALIE GÖBEL

fenkundig Ärzte fehlten: „Da gibt es eine Schieflage.“ Derzeit etwa gebe es im Bereich Gynäkologen im nördlichen Schwarzwald-Baar-Kreis einen echten Mangel. Die offizielle Bedarfsfestlegung sei vor allem ein theoretisches Konstrukt, „die Überversorgung gibt es doch nur auf dem Papier“. Immerhin werde im Schwarzwald-Baar-Kreis ein kleinräumigeres Verteilmodell für Arztstühle entwickelt, damit auch ländlichere Gebiete besser abgedeckt werden könnten.

➤ **Das sagt das Landessozialministerium:** Das Ministerium fordert in einer Stellungnahme zu einem Antrag der FDP im Landtag, dass „gewachsene und erprobte Versorgungsstrukturen“ nicht gefährdet werden dürften. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten weiterhin „spezifische örtliche Gegebenheiten“ in ihre Entscheidungen mit einbeziehen dürfen.

KOMMENTAR

Paradoxe Gesundheitspolitik

VON JÜRGEN DREHER



Vielleicht haut die Kreis-FDP ja allzu laut auf die Pauke. Aber ein Aufruf zur Aufmerksamkeit kann bei Gesetzesvorhaben in der Gesundheitspolitik nie schaden.

Schließlich bringt die deutsche Gesundheitspolitik so manches Paradoxon hervor. Einerseits sagt ein Blick in die Statistiken, dass im Schwarzwald-Baar-Kreis in manchen Sparten mehr Ärzte tätig sind, als es laut bundesweiter Standards erforderlich wäre. Auf dem Papier dürfte also der eine oder andere Arztstuhl entfallen, könnte man meinen.

Doch andererseits gibt es die Alltagserfahrung der Patienten: Wer zum Beispiel als normaler Kassenpatient bei bestimmten Fachärzten einen Untersuchungstermin braucht, muss sich mitunter Wochen, ja Monate gedulden. Und der absehbare Mangel an Hausärzten treibt viele Bürgermeister um. Da hätte vor Ort wohl niemand Verständnis, wenn ein Bundesgesetz nun auch noch zur Schließung von hiesigen Praxen führen würde.

juergen.dreher@suedkurier.de